

## **Ausschnitt aus der Mitschrift der Regierungspressekonferenz vom 6. April 2018**

Ein Thema u.a.: Einsatz scharfer Munition vonseiten Israels im Gazastreifen

Quelle: [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de)

(<https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2018/04/2018-04-06-regpk.html>)

Die Vorsitzende Wefers eröffnet die Pressekonferenz und stellt die Fragen.

(...)

Frage: Ich möchte zum Thema Israel kommen, zuerst zum Thema des UNHCR-Deals von Herrn Netanjahu. Er hatte ja, nachdem er den Deal verkündet und bevor er ihn endgültig abgeblasen hatte, behauptet, dass ein Teil der Menschen auch nach Deutschland kommen würde. Die Bundesregierung hat dementiert, dass es dazu irgendwelche Kontakte gab.

Gab es seitdem bilaterale Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Israelis darüber, wie es zu solch einem, gelinde gesagt, Missverständnis kommen konnte?

Brul: Zum UNHCR und zu den Fragen des Resettlements müsste ich an das BMI weitergeben. Das Büro des Premierministers hat noch am Montagabend die Klarstellung vorgenommen – das ist in den deutschen Medien etwas weniger wahrgenommen worden –, dass die Länder, die der Premierminister nannte, beispielhaft genannt wurden. Aus unserer Sicht gab es danach keinen weiteren Redebedarf.

Kock: Ich müsste das nachreichen. Ich habe es nicht dabei.

Zusatzfrage: Angesichts einer heute wieder zu erwartenden Eskalation am Gazastreifen würde mich interessieren, ob es diese Woche bilaterale Kontakte bezüglich des israelischen Einsatzes von scharfer Munition im Gazastreifen gab. Hat die Bundesregierung die Israelis zum Beispiel wie die UN und andere Organisationen dazu aufgefordert, das zu unterlassen?

Brul: Ich kann dazu gern noch einmal Stellung nehmen. Wir verfolgen auch die Ereignisse in Gaza sehr aufmerksam und mit Sorge. Gerade laufen die ersten Meldungen ein, dass wieder Demonstrationen stattfinden und dass sie vonseiten des israelischen Militärs aufgelöst werden. Wir rufen alle Beteiligten dazu auf, zu einer Deeskalation vor Ort beizutragen. Natürlich gibt es das Recht auf Meinungsäußerung und friedlichen Protest. Dieses Recht darf aber nicht missbraucht werden. Wir erwarten von denjenigen, die im Gazastreifen Sicherheitskontrolle ausüben, dafür zu sorgen, dass die Grenzen nicht verletzt werden, wie es in der vergangenen Woche zum Teil geschehen ist.

Dazu gehört natürlich auch, dass alle Maßnahmen zur Verteidigung von Israels Sicherheitsinteressen, also insbesondere zum Schutz der Grenze, verhältnismäßig sein müssen. Demonstranten dürfen nicht beschossen werden. Ich sage das so klar, weil uns glaubhafte Berichte über eine hohe Zahl an Verletzten in Krankenhäusern von Gaza vorliegen, die am vergangenen Freitag Schussverletzungen an den Extremitäten erlitten haben. Die große Anzahl an Schussverletzten lässt sich kaum mit einer maßvollen Anwendung des Rechts auf

Selbstverteidigung in Einklang bringen. Wir erwarten - das habe ich hier schon am Mittwoch unterstrichen -, dass diese Vorfälle aufgeklärt werden.

Frage: Unterstützt die Bundesregierung die Initiative von Frau Mogherini, die eine unabhängige Untersuchung des Gebrauchs scharfer Schusswaffenmunition und der damit verbundenen Tötungen fordert? Es gibt Bilddokumente, die zeigen, dass Menschen von den Scharfschützen in den Rücken geschossen wurde. Das tut man ja nicht, wenn man einen Angriff abwehrt.

Breul: Wir haben auch die Berichte über eine hohe Zahl von Schussverletzungen an den Extremitäten gesehen. Wenn diese Berichte zutreffen, dann ergibt sich ein Bild von gezielten Schüssen, das vor allem in Kombination mit der großen Zahl der Verletzten nicht ohne Weiteres mit dem Grundsatz einer gezielten und maßvollen Anwendung in Einklang zu bringen ist. Was die Verhältnismäßigkeit angeht, so liegt es zunächst einmal in Verantwortung der zuständigen israelischen Behörden, die erforderlichen Fakten aufzuarbeiten.

Zusatz: Die Frage war: Unterstützen Sie die Mogherini-Initiative, und halten Sie den Einsatz von scharfer Munition – es sind bislang eben 22 Tote; das sind nicht nur Verletzungen an Extremitäten – generell für verhältnismäßig?

Breul: Dazu habe ich mich gerade geäußert: Wir sehen das mit großer Sorge, und wir sehen die Verhältnismäßigkeit durch die hohe Anzahl der Opfer - der Toten und der Verletzten; das wollte ich nicht unter den Tisch fallen lassen - in Zweifel gezogen. Wir sind der Meinung, dass jetzt zunächst die israelischen Behörden aufgerufen sind, diese Fakten aufzuarbeiten und aufzuklären.

Frage: War die Forderung der EU-Beauftragten Mogherini nicht mit der Bundesregierung abgestimmt? Sie fordern ja zwei verschiedene Dinge.

Breul: Nein, ich denke nicht, dass das zwei unterschiedliche Dinge sind. Im Übrigen kann sich die Hohe Vertreterin zu internationalen Entwicklungen äußern und braucht nicht die Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten für jeden Punkt und jedes Komma.

Zusatz: Frau Mogherini fordert eine unabhängige Untersuchung, und Sie fordern, dass die Israelis selbst das aufklären.

Breul: Wir fordern Aufklärung, beide.

Zusatzfrage : Von wem?

Breul: Das habe ich schon gesagt.

(...)